

Politik, Gesellschaft und Versöhnung

Rede von Ständerätin Anita Fetz
Reihe «Sternschnuppen über Mittag», 18. April 2016
Predigerkirche, Basel

Sehr geehrter Herr Pfarrer,
liebe Musizierenden,
liebe Gäste,

Herzlichen Dank für die Einladung. Ich freue mich, mit Ihnen in den nächsten Minuten etwas über die Versöhnung in Gesellschaft und Politik nachzudenken.

Das Ziel jeder Politik ist die Gestaltung des Zusammenlebens einer Gemeinschaft, sei sie lokal, national oder international. Natürlich gibt es auch Politiker, die lieber verwalten als gestalten. Aber im Kern ist Politik eben doch das Setzen von Regeln für Angelegenheiten des Gemeinwesens. Und damit automatisch Gestaltung. Doch wie die Gesellschaft gestaltet werden soll, da gibt es natürlich unterschiedliche Vorstellungen. Sind diese Unterschiede besonders gross, dann können daraus echte Konflikte werden, die über eine Meinungsverschiedenheit hinausgehen.

Politik, Gesellschaft und Versöhnung

Für eine Konfliktbereinigung in der Politik braucht es die Bereitschaft aller Seiten. Alle müssen einen Schritt aufeinander zu machen. Wahrscheinlich wird eine der Parteien einen ersten Schritt machen. Aber wenn die andere Partei sich nicht ebenfalls bewegt, wird es nichts mit einer Versöhnung. Oder pragmatischer: mit dem Kompromiss.

Ich möchte damit auch sagen: Versöhnung gibt es nicht gratis. Es läuft ja nicht so ab, dass man einfach sagt: «Du, lass uns versöhnen.» und die anderen sagen: «Au ja, prima.», und die Sache wäre gegessen. Man muss schon aufeinander zugehen, sich also selbst ebenfalls bewegen.

Ich halte es für keinen Zufall, dass das Wort «versöhnen» von «Sühne» stammt. Das war früher einmal ein Urteil, eine Strafe, der man sich beugen musste. Es war ein Ausgleich, der auch Opfer abverlangte.

Das gilt auch für die Politik.

Vielleicht erinnern Sie sich an das Ende des geplanten AKWs **Kaiseraugst**. Das war für mich persönlich das erste grosse Lernstück in der Politik, weil ich als Schülerin mitbesetzt habe.

Der Kaiseraugst-Konflikt entstand lokal. Die grosse Mehrheit der regionalen Bevölkerung wollte dieses AKW nicht. Im Bundesrat sprach man bereits über den Einsatz der Armee gegen die Besetzerinnen und Besetzer. Das konnte zum Glück verhindert werden. Doch bei der Konfliktregelung mussten beide Seiten Abstriche hinnehmen. Die Mochtégern-Betreiber natürlich den Umstand, dass nichts wird aus ihren Plänen. Im Gegenzug musste die Allgemeinheit die bittere Pille schlucken, dass dieser Verzicht ca. 350 Millionen Steuerfranken kostete.

Der Kaiseraugst-Deal war ein Ergebnis unserer nationalen Politik. Es waren nationale Player, die über die Parteigrenzen hinweg Hand zu einer Lösung boten.

Globale Probleme, nationale Politik

Wenn ich schaue, wo wir mittelfristig wichtige Ausgleiche benötigen, dann stehen wir zunehmend vor einer sehr schwierigen Aufgabe: **Wir haben eine Globalisierung von Problemen. Aber eine Nationalisierung der Politik**. Das ist eine Asymmetrie. Das geht auf Dauer nicht auf, das klemmt.

Und ausgerechnet dort sind heute die grössten Krisen. Die auch uns betreffen.

Egal, ob es um die Klimaerwärmung, um den Ausgleich zw. Arm und Reich, um die Flüchtlinge oder um Steuerhinterziehung geht:

Da stösst die nationale Politik an ihre Grenzen, Und zwar ganz einfach, weil es da keine zweite Konfliktpartei gibt, mit der die nationale Politik auf Augenhöhe einen Ausgleich suchen könnte. Sondern viele Staaten mit unterschiedlichen nationalen Interessen. Diese sind zwar in diversen Bündnissen organisiert wie: EU, Nato, G7, G20, IWF, OECD etc. Aber die Interessen der Länder bleiben verschieden – ausser wenn es um die Rettung des Bankensystems geht. Dafür wurden Hunderte von Milliarden aufgewendet

Denn nur eine Kraft agiert heute konsequent international und dominiert so immer mehr die Politik: ca. 170 internationalen Konzerne. Sie verfügen über ein Heer von Lobbyisten, welche die speziellen Firmen-

Interessen in Washington, in Brüssel, in jeder Hauptstadt der EU Länder, in Bern, in Sidney, ja sogar in Peking vertreten. China ist wegen seinem straffen Staatskapitalismus sehr beliebt bei internationalen Firmen.

Die **allerwichtigste Aufgabe** von Politik ist aber, friedlich aus Konflikten herauszufinden. Statt sich die Köpfe einzuhaue Das wird heute leider oft vergessen, weil es rund um die Schweiz seit mehr als 70 Jahren Frieden gibt. Schauen wir über unseren Tellerrand, so sehen wir viele gewalttätige Konflikte, und zwar sehr nahe. 60 Millionen Flüchtlinge gibt es heute, mehr als zur Zeit des Zweiten Weltkrieges. Ein Bruchteil davon schafft es nach Europa und ein winziger Teil in die Schweiz. Die internationale Gemeinschaft schafft es bis heute nicht, die Kriegsgegner zu versöhnen oder in Europa wenigstens einen Kompromiss für die Verteilung der Flüchtlinge zu finden. Ein Desaster sondergleichen.

Immer mehr Gesellschaften werden gespalten und die Polarisierung nimmt dramatisch zu. Rechtspopulismus und Hetze beginnt die nationale Politik in vielen europäischen Ländern zu dominieren.

Evian nicht vergessen

An dieser Stelle ist ein kurzer Blick zurück zur Konferenz von Evian am Genfersee wichtig.

Im Juli 1938 trafen sich auf Einladung des US-Präsidenten Roosewelt Vertreter von 32 Staaten, um über Einwanderungsquoten von verfolgten Juden aus Nazi-Deutschland zu beraten. Die Konferenz von Evian konnte sich nicht auf einen Kompromiss einigen. Wortreich wurde das Elend der Juden beklagt, doch man weigerte sich, jüdische Flüchtlinge aufzunehmen, teils aus Antisemitismus, teils aus Angst vor den Rechtsextremen in den eigenen Ländern, teils weil man sie als Wirtschaftsflüchtlinge ansah.

Das sollten wir nicht vergessen.

Die Lage in der Schweiz

Auch in der Schweiz nimmt die **Polarisierung** zu, obwohl wir eigentlich eine politische Kultur des Ausgleichs und der Versöhnung haben. Sie ist das Fundament, auf dem unser vielsprachiges, vielfältiges Land steht.

Vergessen wir auch nicht: In unserer Geschichte gab es immer wieder innere, kriegerische Konflikte zwischen Kantonen und Religionen. Es gab jahrhundertlang Obrigkeitsgebiete und Untertanenland. Erst die Schweiz nach Napoleon hat sich davon verabschiedet. Und ein Bürgerkrieg zwischen den katholischen und reformierten Kantonen, den die letzteren gewonnen haben. Erst 1848 hat man sich untereinander versöhnt. Der Ständerat etwa ist das Ergebnis dieser Versöhnung: Den katholischen Ständen wurde mit dem Ständerat eine Sperrminorität zugestanden.

Heute nennen wir uns eine «Willens-Nation». Tatsächlich steht in unserer Verfassung, dass das Schweizervolk und die Kantone *dem Willen* folgen, «*in gegenseitiger Rücksichtnahme und Achtung ihre Vielfalt in der Einheit zu leben*». In unserer Verfassung steht auch, dass sich «*die Stärke des Volkes (...) am Wohl der Schwachen*» misst. Das steht wirklich so in der Präambel unserer Verfassung. Ebenso wie der Schutz der Minderheiten oder die Berücksichtigung regionaler Unterschiede.

Unser ganzes System ist auf den Ausgleich angelegt, nicht auf eine «The Winner Takes It All»-Mentalität. Unsere Verfassung und der Rechtsstaat sind der **zivilisatorische Mindestboden, auf dem unsere direkte Demokratie steht.**

Klar, bei uns hat die Mehrheit Recht. Das ist unser politischer Alltag. Aber unser politischer Alltag ist eben auch, dass man die Unterlegenen nicht einfach zur Seite fegt und liegen lässt. Unser System setzt **auf Versöhnung, nicht auf Verhöhnung.**

Wir nennen es heute einfach im täglichen politischen Leben nicht «Versöhnung». Wir nennen es «Kompromiss». Es ist aber genau dasselbe. Das funktioniert natürlich, wie gesagt, nur, wenn sich alle bewegen. Sonst wird das nichts.

Doppelte Sorge um Schweizer Kompromiss-Kultur

Ich betrachte deshalb mit grosser Sorge, wie seit Jahren eine 30-Prozent-Partei diesen Versöhnungskern in unserem Land mit einer gnadenlosen, unversöhnlichen Politik torpediert.

Ich betrachte das aus zwei Gründen mit grosser Sorge:

Zum Einen sind es ja immer sehr emotional beladene Extrempositionen. Mit diesen werden die anderen 70 Prozent der Gesellschaft vor sich hergetrieben. Das geht auf Kosten der Aufmerksamkeit, Zeit und

Energie, die wir eigentlich benötigen würden für die Regelung von zentralen Politikfragen, die zwar weniger emotional, aber deswegen noch lange nicht weniger wichtig sind. Ich denke da an die Reform der Altersvorsorge, die Entwicklungshilfe oder die Integration. Es sind zentrale Fragen unseres Staates und unserer Gesellschaft. Aber sie gehen vermehrt unter im Getöse der immer gleichen A-Themen. Das ist gezielte Politik als Ausnahmezustand zur Spaltung der Gesellschaft.

Zum Anderen betrachte ich mit grosser Sorge, wie diese Partei vermehrt die Grundsteine unseres Landes angreift, die auf Ausgleich abzielen. Das ist natürlich dem gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht dienlich. Und vor allem ist es für unsere Demokratie nicht dienlich.

Sie kennen vielleicht das neue **Märchen mit den sieben Wölfen**: Wenn sieben Wölfe und ein Geisslein sich an einen Tisch setzen und darüber abstimmen, was es zum Znacht gibt – ist es dann noch Demokratie, wenn das Gitzi auf dem Teller landet?

Das Beispiel zeigt, was passieren kann, wenn eine Demokratie nicht rechtsstaatliche Volksherrschaft ist, sondern pure Mehrheitsdiktatur, die auf Minderheitenschutz, Verhältnismässigkeit und Ausgleich pfeift.

Nun liegt es im Wesen einer Demokratie mit ausgebauten Volksrechten, dass sie auch die Freiheit hat, sich selbst abschaffen zu können.

Das muss nicht einmal auf einen Schlag erfolgen. Es reicht, dass sich unsere Demokratie scheinbar selbst derart aushöhlt, dass sie dem Namen nach zwar noch eine Demokratie ist, aber aufgehört hat, ein Rechtsstaat zu sein. Das haben zum Glück viele erkannt, als es um die Durchsetzungsinitiative ging. Der entscheidende Punkt für die nötige Mobilisierung gegen diese Initiative war, dass sich viele, viele Menschen persönlich engagiert haben. Und das ist bei Grundsatzfragen weiterhin nötig. Denn dort verträgt es keine Kompromisse.

Zivilisatorischer Mindestboden

In der Schweiz können Bürger und Bürgerinnen auf allen Ebenen des Staates mitbestimmen. Das ist ein grossartiges Recht. Es verpflichtet allerdings auch dazu, die Verantwortung für die Konsequenzen zu übernehmen. Daran sollte man in den heutigen Zeiten hin und wieder erinnern.

In diesem Sinne wünsche ich der Schweiz – und uns allen in Gesellschaft und Politik – die Gelassenheit und die Weitsicht, uns weiterhin für unsere Grundsatzpositionen einzusetzen, aber trotzdem zu Kompromissen und Versöhnungen Hand zu bieten.